

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Andrej Hunko, Jan van Aken, Annette Groth, Inge Höger, Ulla Jelpke, Jan Korte, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Standardisierung europäischer Informationssysteme

Unter Leitung des Bundeskriminalamtes arbeiten Europol, Interpol und einige Mitgliedstaaten seit 2007 an einem „Universellen Nachrichtenformat“ („Universal Message Format“, UMF) für einen „verbesserten automatisierten Informationsfluss“ (Bundestagsdrucksache 18/8323). Das UMF soll zum Standard für sämtliche Daten zu Personen und Sachen in den europäischen Informationssystemen werden. Zusammen mit der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht (eu-LISA) sollen Europol und Interpol außerdem prüfen, unter welchen Voraussetzungen die dort geführten Informationssysteme in Abfragen eingebunden werden könnten. Europol betreibt hierfür bereits ein Pilotprojekt unter dem Namen „Querying Europol Systems“ (QUEST). Ein ähnliches Pilotprojekt wird bereits von einigen EU-Mitgliedstaaten sowie Europol unter dem Namen „Automatischer Daten Austausch Prozess“ (ADEP) betrieben. Ziel ist die Entwicklung einer Anwendung, um anhand von Suchkriterien festzustellen, in welchem Mitgliedsland der EU „mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit polizeiliche Informationen zu einer bestimmten Person vorliegen“ (Bundestagsdrucksache 18/8323). Schließlich werden die Partner des sogenannten Prüm-Verbundes von der Europäischen Kommission aufgefordert, zu prüfen, ob die nationalen Biometrie-Datenbanken auf EU-Ebene angesiedelt werden könnten (<http://gleft.de/1BX>). Weitere Möglichkeiten zur Verbesserung des europäischen Datenaustauschs soll die im Sommer 2016 gestartete „hochrangige Sachverständigengruppe für IT-Systeme und Interoperabilität“ erarbeiten. Im Dezember 2016 hat die Gruppe einen Zwischenbericht veröffentlicht. Der eigentlich für Juli 2017 angekündigte Abschlussbericht wurde auf April dieses Jahres vorgezogen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Im Rahmen welcher Forschungen oder Pilotprojekte auf europäischer Ebene befassen sich welche Behörden des Bundesministeriums des Innern (BMI) mit dem verbesserten Datenaustausch, der „Interoperabilität“ von Informationssystemen der Europäischen Union, dem Prinzip „One-Stop-Shop“ sowie der Suche nach „Kreuztreffern“, bzw. welche Änderungen haben sich diesbezüglich zur Bundestagsdrucksache 18/8323 ergeben?

2. Welche Fortschritte sind der Bundesregierung zum Projekt „Universal Message Format“ (UMF 3) zur Standardisierung von Anfragen an nationale Polizeisysteme der EU-Mitgliedstaaten und an internationale Systeme wie z. B. das Europol Information System (EIS) bekannt?
 - a) Welche europäischen Informationssysteme oder Datenbanken arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung bereits nach dem UMF-3-Standard?
 - b) Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, wann bei Europol der Webservice „QUEST“ in Betrieb gehen soll?
 - c) Auf welche Weise soll auch „QUEST“ UMF-kompatibel werden?
3. Mit welchem Ergebnis wurde in dem Pilotprojekt „Pilot Programme for Data Exchange of the Passenger Information Units“ (PNRDEP) Möglichkeiten der Vernetzung der nationalen PNR-Zentralstellen und des Austauschs der PNR-Daten untereinander untersucht bzw. gefunden (Bundestagsdrucksache 18/8323)?
 - a) Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Technologie bereits bestehender Informationssysteme für das Projekt PNRDEP eingesetzt werden soll?
 - b) Welche bereits vorhandenen Netzwerke, etwa das polizeiliche SIRENE-Netzwerk oder das bei Europol angesiedelte Netzwerk für Finanzermittlungen bzw. das bei Europol eingerichtete SIENA-Netzwerk, könnten aus Sicht der Bundesregierung für den Informationsaustausch unter den PNR-Zentralstellen genutzt werden?
 - c) Inwiefern hält es die Bundesregierung für technisch möglich, zur Verarbeitung von Daten des EU-PNR die sogenannte Ma3tch-Technologie (Autonomous Anonymous Analysis) zu nutzen?
 - d) Was kann die Bundesregierung zu einem Pilotprojekt „PIU net“ mitteilen, das von Behörden der Niederlande, Deutschlands, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika durchgeführt wird (Ratsdokument 12204/16)?
 - e) Inwiefern sind der Bundesregierung mittlerweile die Kosten und die teilnehmenden Drittparteien von PNRDEP bekannt geworden?
 - f) Welche drei Pilotprojekte werden an den Flughäfen in Hamburg, Berlin-Schönefeld und Köln/Bonn durchgeführt, bei denen unter anderem Passagierkontrollen und Einsatz des Sicherheitspersonals optimiert werden sollen (airliners.de vom 17. Februar 2017, „Bundespolizei mahnt mehr Sicherheit an deutschen Airports an“)?
4. Wann soll das Projekt „Automation of Data Exchange Processes“ (ADEP) von Behörden aus Frankreich (Federführung), Finnland, Irland, Spanien, Deutschland sowie Ungarn (Beobachter) nach Kenntnis der Bundesregierung abgeschlossen sein?
 - a) Welche Aufgaben und Arbeiten werden vom Bundeskriminalamt durch die Leitung und die Koordination des Projekts ADEP übernommen?
 - b) Welche Kosten entstehen für das Pilotprojekt insgesamt, welche Kosten werden von der Bundesregierung und welche von der Europäischen Kommission übernommen?
 - c) Mit welchem Ergebnis wurde in ADEP geprüft, ob die „Secure Information Exchange Network Application“ (SIENA), das Europol Information System (EIS) oder die Ma3tch-Technologie, die im FIU-NET (Financial Intelligence Units) Anwendung findet, auch in ADEP eingesetzt werden könnte?

- d) Aus welchem Grund ist die Ma3tch-Technologie aus Sicht der Bundesregierung hierfür nicht geeignet?
 - e) Welche dezentralen Datenbestände sollen in ADEP vernetzt werden?
 - f) Mit welchen Funktionalitäten würde das Bundeskriminalamt Teilnehmer am Pilotverfahren von ADEP?
5. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern die Umsetzung des Vertrages von Prüm auch in der sogenannten European Forensic Science Area (EFSA 2020) behandelt wird?
- a) Inwiefern sollen hierfür nach Ansicht der Bundesregierung die Übereinstimmungsregeln der Loci angepasst werden?
 - b) Was ist der Bundesregierung über Diskussionen zur Aufnahme von Gesichtsbildern in den Abgleich über das Prüm-Verfahren bekannt?
 - c) Was ist der Bundesregierung über Pläne bekannt, dass Europol als Prüm-Partner biometrische Daten auch mit Drittstaaten austauschen könnte (Ratsdokument 9368/1/16)?
6. Welche neuen rechtlichen Mittel sollten den europäischen Behörden im Kampf gegen den Terrorismus „an die Hand“ gegeben werden, „um den Gebrauch von verschlüsselter elektronischer Kommunikation im Rahmen strafrechtlicher und administrativer Ermittlungen berücksichtigen zu können“, wie es der Bundesminister des Innern Thomas de Maizière mit seinem französischen Amtskollegen zuletzt an die Europäische Kommission übermittelte und kurz darauf mit dem EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos besprach (Pressemitteilung BMI vom 21. Februar 2017, „EU-Kommissar Avramopoulos zu Gast im BMI“)?
7. Worum handelt es sich beim Projekt „MedSec TP Net“ zur Schaffung eines Netzwerkes zwischen Sicherheitsakteuren im Mittelmeerraum, das im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ durchgeführt wird und an dem sich die Bundespolizei beteiligt?
- a) Welche weiteren Partner arbeiten mit welchen Beiträgen in dem Projekt mit?
 - b) Welche „Nicht-EU Sicherheitsbehörden“ welcher Länder sollten aus Sicht der Bundesregierung an der in Projekt „MedSec TP Net“ entwickelten „Kommunikation und Koordination zwischen Endnutzern“ teilnehmen?
8. Worum handelt es sich nach Kenntnis der Bundesregierung bei dem EU-Forschungsprojekt „Maritime Integrated Surveillance Awareness“ (MARIS), das nach Kenntnis der Fragesteller dem „Kampf gegen die illegale Einwanderung, Menschenschmuggel, Terrorismus und Piraterie“ dienen soll, welche Methoden werden darin entwickelt, und wer nimmt daran teil?
9. Welche Daten welcher Informationssysteme werden in dem Projekt verarbeitet und kompatibel gemacht?
10. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern die Projekte „Decision Support Platform for Detecting Radicalisation and Over/Cover Terrorist Communications through the Internet“, „Real-Time Early Detection and Alert System for Online Terrorist Content based on SNA and Complex Event Processing“ und „DEtecting TErrorist ContentT and the InterneT“ mittlerweile im EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ zur Förderung ausgewählt wurden (Bundestagsdrucksache 18/7794, Schriftliche Frage 13 des Abgeordneten Andrej Hunko), welches Ziel verfolgen die Projekte, und wer nimmt daran teil?

11. Was ist der Bundesregierung über Ziel, Inhalt und Teilnehmende eines im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ durchgeführten Projekts „Law Enforcement agencies human factor methods and Toolkit for the Security and protection of CROWDs in mass gatherings“ (LETS-CROWD) bekannt (<http://gleft.de/1BZ>)?
12. Worum handelt es sich bei dem ebenfalls im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ durchgeführten Projekts „Tools for the Investigation of TrANsactions In Underground Markets“ (TITANIUM) des Bundeskriminalamtes, welches Ziel wird darin verfolgt, und wer nimmt daran teil (Bundestagsdrucksache 18/10929, Frage 19 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE.)?
13. Welche Aufgaben werden vom Kriminaltechnischen Institut des Bundeskriminalamtes und von Interpol im EU-Forschungsprojekt „Speaker Identification Integrated Project“ (SiiP) übernommen (www.siip.eu)?
 - a) Welche Techniken und Verfahren der Sprachverarbeitung und forensischen Phonetik werden in SiiP beforscht?
 - b) Inwiefern sind auch Geheimdienste mittelbar oder unmittelbar an SiiP beteiligt?
 - c) Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern die in dem Forschungsprojekt erlangten Erkenntnisse oder Ergebnisse über dort beteiligte Firmen auch Geheimdiensten zugänglich gemacht werden sollen?
 - d) Inwiefern werden beim Bundeskriminalamt mittlerweile Techniken zum sogenannten Textmining eingesetzt (Bundestagsdrucksache 17/14832, Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE.)?
 - e) Welche „marktgängige[n] Produkte“ nutzt der Bundesnachrichtendienst zur Sprechererkennung oder für Zwecke des automatischen Stimmenvergleichs, und auf welche Weise integriert der Auslandsgeheimdienst diese „in eigene Prozesse“ (Bundestagsdrucksache 17/14832, Antwort zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE.)?

Berlin, den 28. Februar 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion